DIHK-Report Gesundheitswirtschaft

Ergebnisse der DIHK-Umfrage
bei den Industrie- und Handelskammern
Frühjahr 2012

DIHK
Deutscher
Industrie- und Handelskammertag

Copyright

Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Herausgeber

© Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V. | Berlin | Brüssel

DIHK Berlin:
Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte
Telefon (030) 20 308-0 | Telefax (030) 20 308 1000

DIHK Brüssel:
Hausanschrift: 19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Bruxelles
Telefon ++32-2-286 1611 | Telefax ++32-2-286 1605

Internet: www.dihk.de

Redaktion

Dr. Sandra Hartig, Dr. Anne Zimmermann

Stand

März 2012

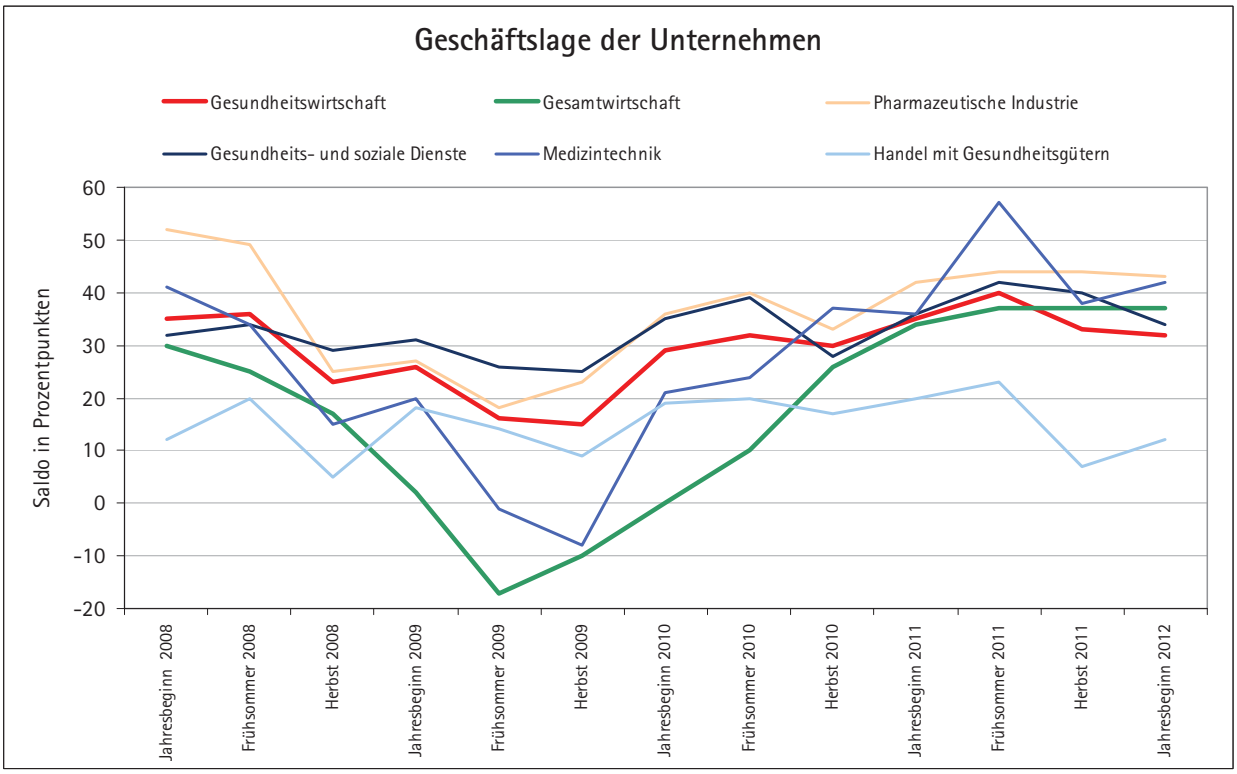
DIHK-Report Gesundheitswirtschaft

Frühjahr 2012

Die Gesundheitswirtschaft in Deutschland blickt positiv in das Jahr 2012. Nachdem sich die Stimmung zum Herbst 2011 ein wenig abgekühlt hatte, stehen nun die Zeichen auf Stabilisierung. Insgesamt ist die Gesundheitswirtschaft in guter Verfassung. Darin spiegelt sich die insgesamt positive konjunkturelle Entwicklung wider, aber auch der eher mittel- und langfristige Einfluss des demografischen Wandels sowie eines wachsenden Gesundheitsbewusstseins, die die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen ansteigen lassen. Nach wie vor ist dieser Sektor Beschäftigungstreiber.
Dies zeigt der DIHK-Report Gesundheitswirtschaft, eine Sonderauswertung der aktuellen DIHK-Konjunkturumfrage. An dieser Umfrage haben sich über 27.000 Unternehmen beteiligt, davon knapp 850 aus der Gesundheitswirtschaft.

Geschäfte laufen gut

Die Unternehmen der Gesundheitswirtschaft bewerten ihre Geschäftslage erfreulich gut. Insgesamt bleibt die Gesundheitswirtschaft mit 32 Punkten im hohen positiven Bereich (Saldo Vorumfrage: 33 Punkte, Differenz der Anteile „guter" und „schlechter" Lageurteilen). Es herrscht fast so gute Stimmung wie in der Gesamtwirtschaft (37 Punkte). Fast alle Einzelbranchen zeigen sich zufrieden. So sieht die Pharmabranche ihre Lage ähnlich wie im Herbst 2011. Der Saldo liegt bei 43 Punkten gegenüber 44 Punkten in der Vorumfrage. Teilweise verbessert sich die Stimmung sogar leicht, so etwa in der Medizintechnik (42 Punkte gegenüber 38 Punkten). Und auch die Lagebewertungen im Handel legen zu (von sieben auf zwölf Punkte). Lediglich die Gesundheits- und sozialen Dienste schätzen ihre Lage nicht mehr ganz so gut ein wie im Herbst 2011. Ihr Antwortensaldo sinkt von 40 auf 34 Punkte.

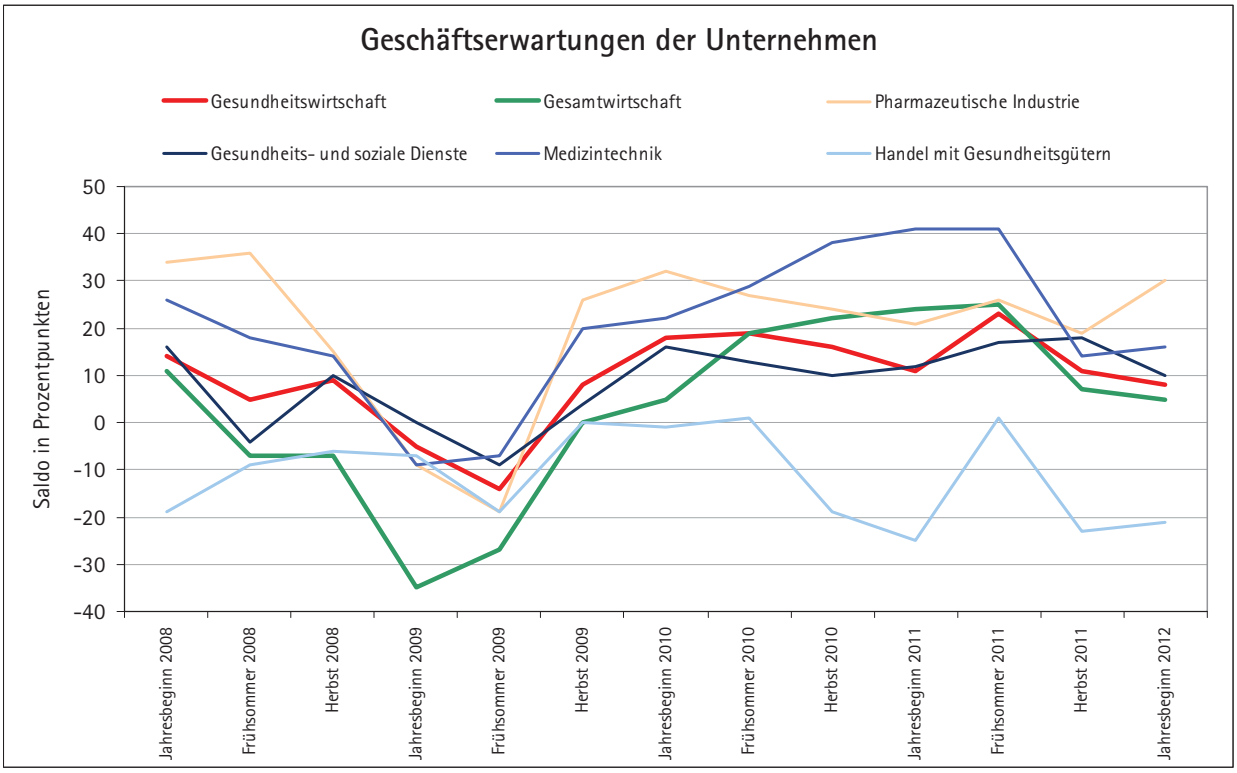


Geschäftserwartungen – Zuversicht, kein Überschwang

Die Erwartungen der Gesundheitswirtschaft an ihre wirtschaftliche Entwicklung in den kommenden Monaten sind von vorsichtigem Optimismus geprägt. Die Verunsicherung infolge der ungelösten Staatsschuldenkrise hält sich auch in der konjunkturell zumeist relativ robusten Gesundheitswirtschaft. Der Saldo der Unternehmen, die eine Verbesserung erwarten und derjenigen, die mit einer Verschlechterung rechnen, liegt bei acht Punkten gegenüber elf Punkten in der Vorumfrage. Damit blickt die Gesundheitswirtschaft etwas zuversichtlicher auf die kommenden Monate als die Gesamtwirtschaft, in der die Geschäftserwartungen leicht von plus sieben auf plus fünf Punkte sinken.

In den Einzelbranchen Pharma und Medizintechnik spüren die Unternehmen teilweise sogar merkliche Verbesserungen. Hier steigen die Erwartungen von 19 auf 30 Punkte bzw. von 14 auf 16 Punkte. Nicht zuletzt tragen die robusten Exporterwartungen dazu bei.

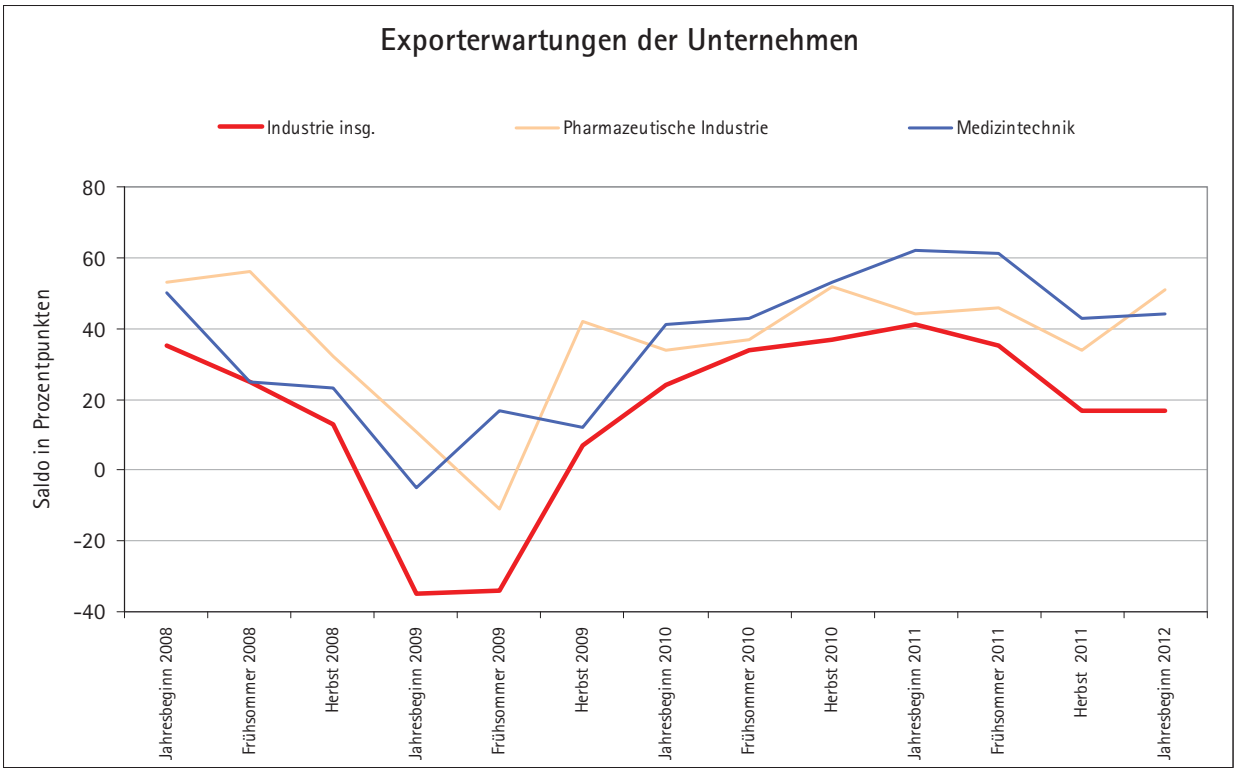
Skeptischer blicken die Gesundheits- und sozialen Dienste auf die nächsten Monate. Ihr Erwartungssaldo sinkt von 18 auf zehn Punkte. Damit liegen sie freilich nach wie vor im positiven Bereich, so dass sich die Geschäfte auch in den kommenden Monaten erfreulich entwickeln dürften. Die Erwartungen des Handels mit Gesundheitsgütern bleiben dagegen kaum verbessert im negativen Bereich (Saldoanstieg von minus 23 auf minus 21 Punkte).



Auslandsgeschäft bemerkenswert robust

Die Exportbranchen der Gesundheitswirtschaft – Pharmabranche und Medizintechnik – blicken zuversichtlich auf ihr Auslandsgeschäft in den kommenden Monaten, nachdem die letzte Umfrage eine leichte Abkühlung gezeigt hatte. In der Pharmazeutischen Industrie steigen die Exporterwartungen per saldo von 34 auf 51 Punkte. Damit überholt sie die Medizintechnik (44 Punkte nach 43 Punkten in der Vorumfrage), deren Exporterwartungen zuvor zwei Jahre lang über denen der Pharmaunternehmen lagen. Beide Branchen sind deutlich optimistischer als die gesamte exportierende Industrie (Exportsaldo unverändert 17 Punkte). Die

robuste Weltkonjunktur, steigende Ansprüche an die Lebensqualität sowie der in vielen Ländern fortschreitende demografische Wandel, der eine steigende Nachfrage nach Gesundheitsgütern mit sich bringt, tragen zu dieser positiven Entwicklung bei.

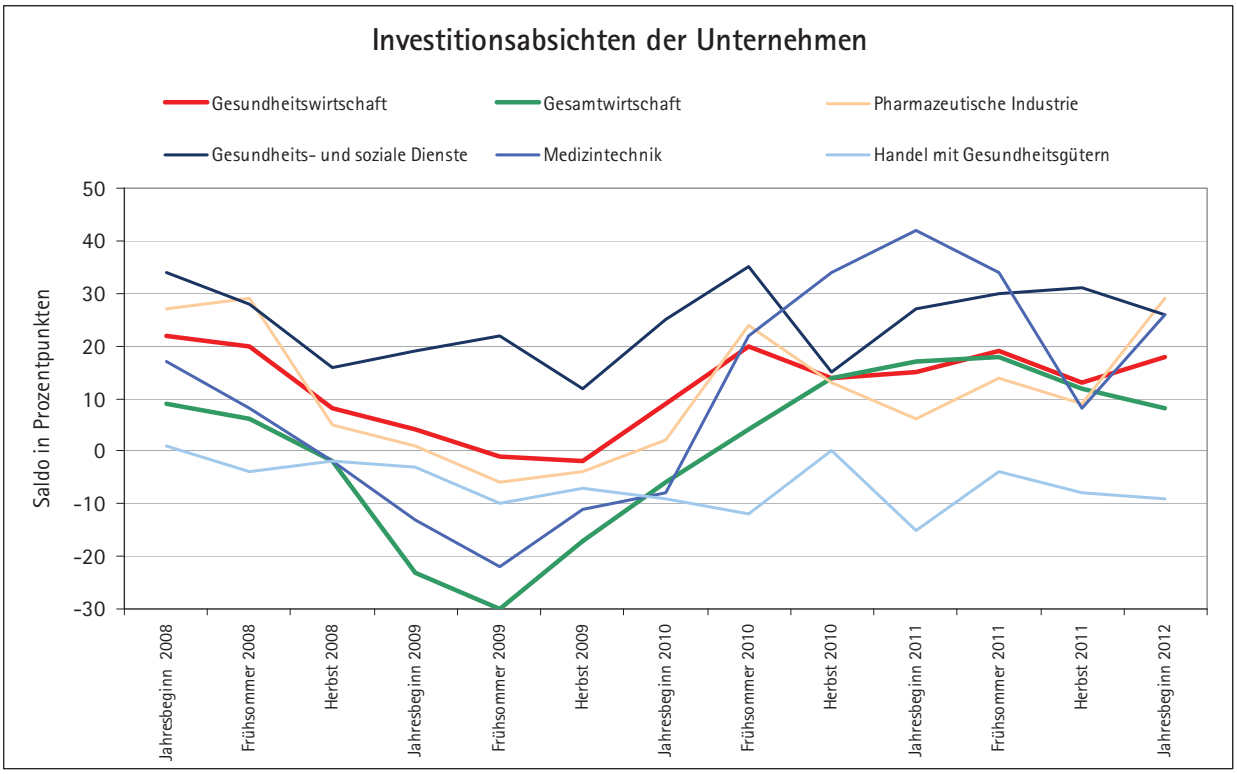


Investitionen untermauern Vertrauen

Die expansiven Investitionspläne der Unternehmen spiegeln die positive Geschäftsentwicklung wider. Der Trend zeigt insgesamt aufwärts, die Gesundheitswirtschaft steigert ihre Investitionsabsichten per saldo von 13 auf 18 Punkte. Wesentliche Treiber sind Medizintechnik und Pharmaindustrie, deren Investitionssalden um 18 auf 26 Punkt bzw. um 20 auf 29 Punkte zulegen. Insbesondere die Investitionspläne der Medizintechnik ziehen damit nach einem von Zurückhaltung geprägten Jahr wieder deutlich an.

Die Gesundheits- und sozialen Dienste reduzieren ihre Pläne unter dem Strich von 31 auf 26 Punkte. Damit liegen sie jedoch immer noch auf einem hohen Niveau gleichauf mit der Medizintechnik. Die Investitionsabsichten der Händler von Gesundheitsgütern liegen hingegen nach wie vor knapp im niedrigen negativen Bereich. Ihr Investitionssaldo bleibt mit minus neun Punkten gegenüber minus acht Punkten in der Vorumfrage nahezu konstant.

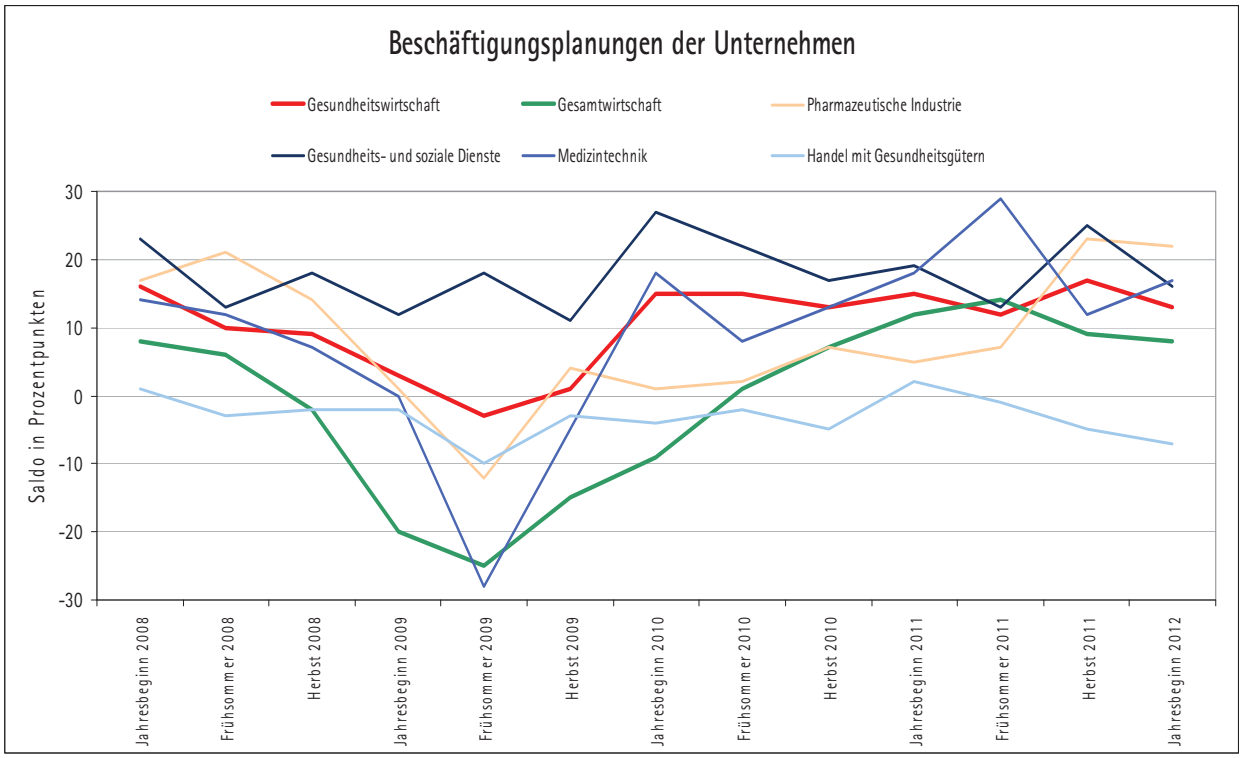
Insgesamt deuten die Pläne in der Gesundheitswirtschaft auf eine stärkere Expansion als in der Gesamtwirtschaft hin. Dort hat sich der Saldo seit der Vorumfrage um vier Punkte auf plus acht Punkte reduziert. In der Gesundheitswirtschaft stehen insbesondere die Branchen, die hohe Zuwächse im Export erwarten, hinter dieser positiven Entwicklung. Aber auch der Dienstleistungssektor – hier sind etwa die Pflegetätigkeiten angesiedelt – stellt aufgrund seiner geringen Konjunkturabhängigkeit und der durch den demografischen Wandel getriebenen wachsenden Nachfrage nach Gesundheitsleistungen eine Triebkraft für Investitionen dar.



Beschäftigungsabsichten – weiterer spürbarer Stellenaufbau absehbar

Die Beschäftigungspläne in der Gesundheitswirtschaft sind nahezu ungebrochen positiv. So liegt der Saldo der Anteile an Betrieben, die ihre Beschäftigung ausweiten wollen, und derer, die sie reduzieren wollen, bei 13 Punkten. Zwar ist dies ein leichter Rückgang gegenüber der Vorumfrage (17 Punkte), dennoch stehen die Zeichen damit eindeutig auf Stellenaufbau. Die Gesundheitswirtschaft zeigt sich damit expansiver als die Gesamtwirtschaft, deren Pläne nahezu unverändert bleiben (plus acht Punkte nach plus neun Punkten Ende 2011). Verstärktes Beschäftigungswachstum signalisiert die Medizintechnik. Ihr Beschäftigungssaldo steigt von zwölf auf 17 Punkte. Nahezu konstant auf hohem Niveau halten sich die Beschäftigungsabsichten der Pharmabranche (Saldo: 22 Punkte, Vorumfrage: 23 Punkte). Nicht mehr ganz so expansiv wie im Herbst sind dagegen die Pläne der Gesundheits- und sozialen Dienste. Unter dem Strich planen sie freilich ebenfalls einen kräftigen Beschäftigungsaufbau (Saldo: 16 Punkte, Herbst: 25 Punkte). Der Beschäftigungssaldo im Handel mit Gesundheitsgütern ist leicht gesunken (Saldo: minus sieben gegenüber minus fünf Punkten). Doch deutet ein Saldo, der nur knapp im niedrigen negativen Bereich liegt, erfahrungsgemäß ebenfalls auf einen zumindest leichten Beschäftigungsaufbau hin.

Insgesamt ist in der Gesundheitswirtschaft in den kommenden zwölf Monaten mit einem Beschäftigungsaufbau von 70.000 Stellen zu rechnen. Damit bleibt dieser Wirtschaftszweig einer der wesentlichen Treiber der nach wie froh erfreulich guten Arbeitsmarktentwicklung.



Instabile Rahmenbedingungen und Fachkräftemangel am stärksten gefürchtet

Einige Faktoren gefährden die derzeitige gute wirtschaftliche Situation der Gesundheitswirtschaft. An erster Stelle stehen dabei einmal mehr die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Sie sehen 46 Prozent der Unternehmen als größtes Risiko für ihre künftige wirtschaftliche Entwicklung an. Zu der Unsicherheit über die Fähigkeiten der Politik, die Staatsschuldenkrise dauerhaft zu bewältigen, tritt in der Gesundheitswirtschaft die ausgeprägte Abhängigkeit von regulatorischen Eingriffen. Der gesamte Kernbereich der Gesundheitswirtschaft – der versicherungsfinanzierte erste Gesundheitsmarkt – ist geprägt von Regulierungen, Preisfestsetzungen und Kollektivverträgen. Reformen bringen daher meist ein hohes Maß an Veränderungen für die Unternehmen mit sich, und die Planungssicherheit ist vergleichsweise gering.

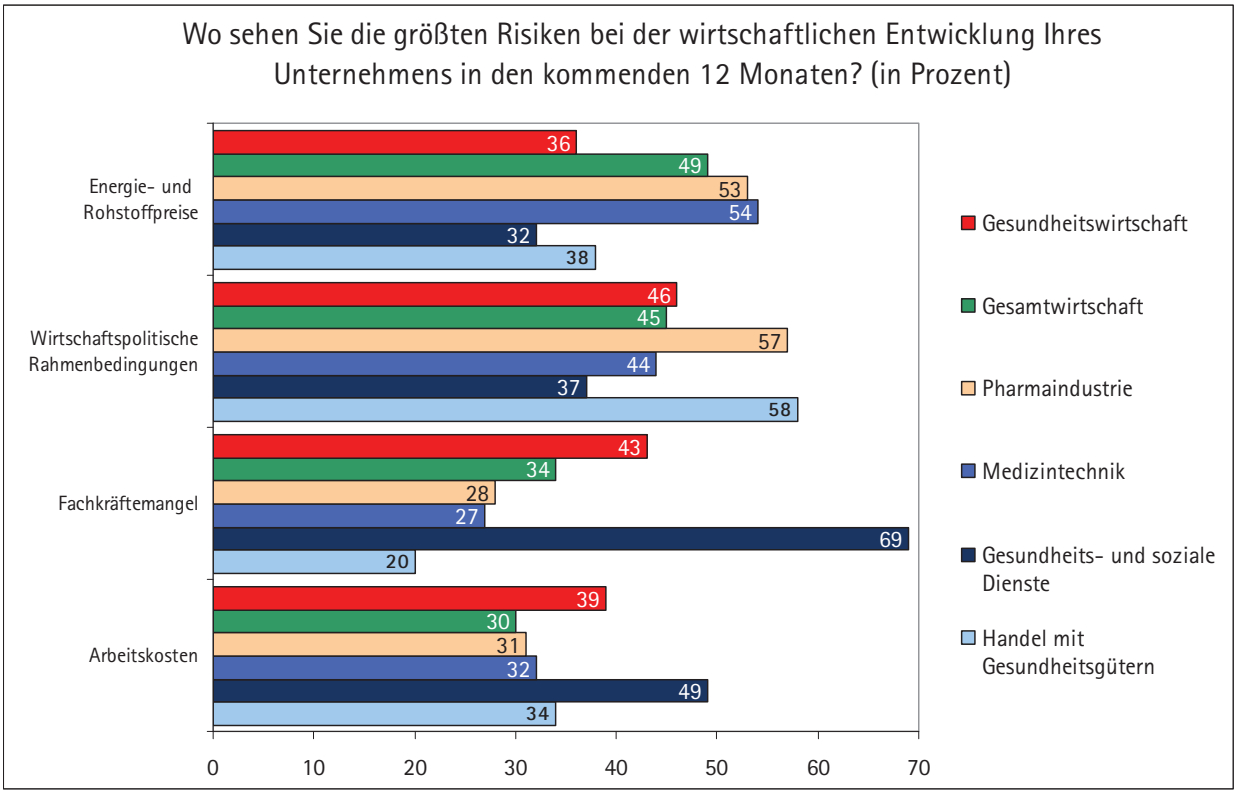
Im Vergleich zur Vorumfrage ist die Sorge vor regulatorischen Eingriffen leicht zurückgegangen, anders als in der Gesamtwirtschaft. Der Anteil der Unternehmen, die die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen als größtes Risiko ansehen, hatte im Herbst 2011 bei 51 Prozent gelegen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass einige größere Reformwerke nunmehr abgeschlossen sind und vorerst keine weiteren Eingriffe zu befürchten sind. Dies gilt insbesondere für den Pharmabereich, der durch das Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz großen Umbrüchen unterlag – und nach wie vor unterliegt. Handel und Pharmabranche sind daher auch die Bereiche, die etwaigen Reformvorhaben am skeptischsten gegenüber stehen.

Auf Platz zwei der größten Sorgen der Gesundheitswirtschaft steht der Fachkräftemangel. 43 Prozent der Unternehmen sehen hier bereits für die kommenden zwölf Monate ein schwerwiegendes Geschäftsrisiko, deutlich mehr als in der Gesamtwirtschaft (34 Prozent). In der Gesundheitswirtschaft sind insbesondere die Gesundheits- und sozialen Dienste betroffen. 69 Prozent der Betriebe sehen den Fachkräftemangel als Konjunkturrisiko an. Das ist der höchste Wert im Branchenvergleich und mit der hohen Personalintensität des Sektors zu erklären. Diese Einschätzung spiegelt sich auch in den zum Teil verhaltenen Einschätzungen der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung wider. Und sie erklären auch in Teilen den dritten großen Risikofaktor – die Sorge vor steigenden Arbeitskosten. Auch hier liegen die Gesundheits- und sozialen Dienste mit

49 Prozent der Betriebe weit vorne. Als personalintensivste Branche ist dies nahe liegend. In der derzeitigen Debatte über die Verwendung der hohen Reserven im Gesundheitsfonds und bei den Krankenkassen sollten daher Beitragssatzsenkungen angestrebt werden, um Beitragszahler und Betriebe zu entlasten. Künftig werden ohnehin – nicht zuletzt demografisch bedingt – wachsende Lohnzusatzkosten über steigende Sozialversicherungsbeiträge gerade in dieser Branche stark zu Buche schlagen.

Die Fachkräftesicherung rückt in diesem Bereich auf der Tagesordnung immer höher. Mehr Ausbildung – auch etwa durch eine ergänzende IHK-Ausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz – ist dabei sehr wichtig. Pläne – wie sie etwa die EU derzeit prüft – eine Ausbildung zur Krankenschwester EU-weit an eine zwölf- statt bislang zehnjährige Schulbildung zu knüpfen, sind dagegen kontraproduktiv. Auf Seiten der Betriebe ist zudem ein intensiver Einsatz zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit der Mitarbeiter durch betriebliche Gesundheitsförderung und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf geboten. Diese Ansätze sind im Übrigen auch für die Gesamtwirtschaft sinnvoll, in der das Risiko des Fachkräftemangels von den genannten 34 Prozent der Betriebe ebenfalls als gravierend eingeschätzt wird.

Unternehmen der Industriesparten Pharma und Medizintechnik sehen in den Energie- und Rohstoffpreisen Gefahrenquellen (53 bzw. 54 Prozent). Auch die Entwicklung der Inlandsnachfrage drückt die Stimmung. So sehen 44 Prozent der Pharmaunternehmen hier ein Risiko für ihre wirtschaftliche Entwicklung, sowie 36 Prozent der Betriebe der Medizintechnik. Diese Sektoren haben mit ihren Exportaktivitäten allerdings ein zweites Standbein, von dem derzeit aus Unternehmenssicht weniger Rückschläge drohen (Anteil des Risikos Auslandsnachfrage in diesen beiden Branchen: 26 bzw. 31 Punkte).



Definition der Gesundheitswirtschaft, die der DIHK-Auswertung zu Grunde liegt

Zu der Gesundheitswirtschaft zählen in dieser Analyse:

- Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen
- Herstellung von Bestrahlungs- und Elektrotherapiegeräten und elektromedizinischen Geräten
- Reparatur und Wartung von Medizintechnik
- Herstellung von medizinischen und zahnmedizinischen Apparaten und Materialien
- Handelsvermittlung von pharmazeutischen Erzeugnissen, medizinischen und orthopädischen Artikeln und Laborbedarf, Ärztebedarf, Dentalbedarf, zahnärztlichen Instrumenten, Krankenhaus- und Altenpflegebedarf
- Großhandel mit pharmazeutischen, medizinischen und orthopädischen Erzeugnissen
- Apotheken
- Einzelhandel mit medizinischen und orthopädischen Artikeln
- Versandhandel mit pharmazeutischen Erzeugnissen
- Krankenversicherungen
- Forschung und Entwicklung im Bereich Biotechnologie
- Forschung und Entwicklung in den Bereichen Medizin und Pharmazie
- Beratung im Gesundheitswesen
- Vermietung von medizinischen Geräten
- Desinfektion u. Reinigung v. Praxen u. Krankenhäusern
- Gesundheitswesen (Krankenhäuser (darunter auch Vorsorge- und Rehabilitationskliniken), Arzt- und Zahnarztpraxen, Massagepraxen, Heilpraktikerpraxen etc.)
- Heime (ohne Erholungs- und Ferienheime) (Pflegeheime, Altenheime)
- Sozialwesen (ohne Heime) (u. a. Soziale Betreuung älterer Menschen, aber auch Tagesbetreuung von Kindern)

Hinweis: Die Angaben zu der hier ausgewerteten Umfrage werden von IHK-Mitgliedern gemacht, beispielsweise also nicht von öffentlichen Einrichtungen oder ausschließlich freiberuflich Tätigen. Der Bereich der Gesetzlichen Krankenkassen ist hier ebenfalls nicht aufgenommen. Er zählt aber zu einer umfassenden Definition der Gesundheitswirtschaft selbstverständlich hinzu.